

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

02.02.2010

Ausschussbetreuender Fachbereich

Frauenbüro/Gleichstellungsstelle

Schriftführung

Stefan Merten

Telefon-Nr.

02202-141326

Niederschrift

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration,
Gleichstellung von Frau und Mann**

Sitzung am Donnerstag, 03.12.2009

Sitzungsort

**Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch
Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:06 Uhr - 19:57 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin / eines stellvertretenden Schriftführers**
0519/2009
- 3 Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger**
0521/2009
- 4 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

- 4.1 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann am 03.09.2009 - öffentlicher Teil**

- 5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der vergangenen Sitzung**
Ein Bericht erübrigt sich, da sich der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration und Gleichstellung von Frau und Mann neu konstituiert hat.

- 6 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 7 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 7.1 Position der Stadt Bergisch Gladbach im Genderranking 2010**
0523/2009

- 7.2 Frauenpolitische Informationen**
0522/2009

- 8 Handlungsprogramm Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement**
 - 1. Beratung über das Handlungsprogramm "Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement"**
 - 2. Beschluss des Handlungsprogramms "Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement"***0496/2009*

- 9 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme 'Bergisch Gladbach - Stadtmitte' - Beschluss über die Erweiterung des Geltungsbereiches des Sanierungsgebietes**
0520/2009

- 10 Einrichtung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft**
0500/2009

- 11 Schlaue Mädchen - dumme Jungen? - Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums**
0524/2009

- 12 Anträge der Fraktionen**

- 12.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.2009 zur Autobahnanbindung über die Bahndammtrasse an die A4**
0545/2009

- 13 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.06 Uhr und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder. Herr Dr. Johannes Bernhauser hat sich entschuldigt und wird durch Herrn Christian Buchen vertreten. Für die ebenfalls entschuldigte Frau Helene Hammelrath nimmt Frau Annegret Kreft an der Sitzung teil. Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin / eines stellvertretenden Schriftführers 0519/2009

Zu diesem Punkt verweist die Vorsitzende auf die den Ausschussmitgliedern zugegangene Beschlussvorlage und stellt diese zur Abstimmung.

Der Ausschuss fasst einstimmig und ohne Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

Zur Schriftführerin wird die Verwaltungsangestellte Gitta Schablack bestellt. Im Falle ihrer Verhinderung nimmt Stadtoberinspektor Stefan Merten diese Aufgabe wahr.

3. Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger 0521/2009

Zur heutigen Ausschusssitzung sind die sachkundigen Bürger Dr. Gerald Karich, Hakan Sirmasac, Hans Werner Bierganns (stellv. Mitglied) und Hanna Parnow (stellv. Mitglied) sowie die sachkundige Einwohnerin Friedel Biebeler erschienen. Die Vorsitzende führt diese in einer kurzen feierlichen Zeremonie in die Ausschussarbeit ein und verpflichtet sie zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

4. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

4.1. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann am 03.09.2009 - öffentlicher Teil

Zum Tagesordnungspunkt 4.1 kommt es zu einer kurzen Diskussion aus der Mitte des Ausschusses. Auf Bitten von Frau Schneider trägt Frau Fahner kurz die Beschlüsse aus der letzten Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann am 03.09.2009 vor. Anschließend bittet die Vorsitzende um die Genehmigung der Niederschrift.

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann am 03.09.2009 wird einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion genehmigt.

5. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der vergangenen Sitzung**
Ein Bericht erübrigt sich, da sich der Ausschuss für Stadtentwicklung,
demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration und Gleichstellung von
Frau und Mann neu konstituiert hat.

Zu Punkt 5 erübrigt sich gemäß der Einladung eine Berichterstattung, da sich der Ausschuss erst mit der heutigen Sitzung konstituiert hat.

6. **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

Der Vorsitzenden liegen keine Mitteilungen vor.

7. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

7.1. **Position der Stadt Bergisch Gladbach im Genderranking 2010**
0523/2009

Frau Fahner erläutert die Mitteilungsvorlage zum Genderranking und stellt dar, dass die Stadt Bergisch Gladbach an Platz 51 der 79 größten deutschen Städte liegt. Frau Schneider findet dies bedauerlich. Frau Schundau weist darauf hin, dass diese Zahlen unter Frau Bürgermeisterin Opladen sicherlich besser waren und heute erneut schlechter geworden sind. Frau Schmidt-Bolzmann vertritt die Auffassung, dass die der Vorlage beigefügte Tabelle aus der Studie zu wenig aussagekräftig ist, da eine Legende zu den dort verwendeten Zahlencodes fehlt. Hieraus entwickelt sich eine lebhafte Diskussion, an der insbesondere Frau Schneider, Frau Schmidt-Bolzmann, Frau Fahner und Herr Sirmasac teilnehmen. Frau Fahner sagt zu, in der Niederschrift zur heutigen Sitzung die Informationen zum Gender Index der FernUniversität Hagen mitzuteilen (*Anlage*). Die Vorsitzende stellt letztendlich fest, dass die Mitteilungsvorlage durch den Ausschuss lediglich zur Kenntnis zu nehmen sei. Frau Schundau weist abschließend darauf hin, dass die Position 51 für Bergisch Gladbach dennoch erhalten bleibe und entsprechendes zu tun sei, auch in der Verwaltung.

7.2. **Frauenpolitische Informationen**
0522/2009

Die Vorsitzende verweist hierzu auf die der Mitteilungsvorlage beigefügten Kopien. Herr Dr. Karich ist der Auffassung, dass eine derart umfangreiche Zusammenstellung von Presseinformationen im Wege der postalischen Zusendung heute weder zeitgemäß noch angesichts der finanziellen Lage der Stadt wirtschaftlich sinnvoll sei. Er bittet darum, derartige Informationen den Ausschussmitgliedern künftig per E-Mail zuzuleiten, ebenso wie die Einladung und die Vorlagen. Frau Schneider widerspricht dem und macht deutlich, dass sie auch künftig per Post mit derartigen Informationen versorgt werden möchte.

8. **Handlungsprogramm Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement**
1. Beratung über das Handlungsprogramm "Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement"
2. Beschluss des Handlungsprogramms "Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement"

0496/2009

Herr Waldschmidt geht kurz auf die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und formuliert zu diesem Tagesordnungspunkt folgenden Zusatzantrag:

Das Handlungsprogramm wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Externe Beauftragungen dürfen erst nach Verabschiedung des Haushaltes 2010 erfolgen. Hierfür ist vom Bürgermeister darzulegen, dass

- 1. die externe Beauftragung für die Erledigung einer pflichtigen Aufgabe erforderlich ist,*
- 2. die Verwaltung mangels Qualifikation oder Kapazität nicht in der Lage ist, die Aufgabe selbst zu erledigen.*

Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass angesichts der desaströsen finanziellen Lage der Stadt die Ausgabe von €340.000 nicht zu verantworten sei, insbesondere vor dem Hintergrund, als dass vor allem im Sozialbereich härteste Einschnitte vorzunehmen seien. Die Verwaltung sei seiner Auffassung nach durchaus in der Lage, das Handlungsprogramm selbstständig zu entwickeln und umzusetzen. Grundsätzlich dürfe über externe Beauftragungen erst nach der Verabschiedung des Haushaltes 2010 entschieden werden, und das auch nur dann, wenn die Verwaltung darlege, dass die externe Beauftragung zur Erfüllung einer Pflichtaufgabe diene und die Verwaltung mangels Qualifikation oder freier Kapazitäten hier nicht selbst tätig werden könne.

Herr Schmickler nimmt zur Beschlussvorlage und zu den Aussagen von Herrn Waldschmidt Stellung. Er verweist darauf, dass die Erstellung eines Flächennutzungsplans sehr wohl eine gesetzliche Pflichtaufgabe der Stadt sei, zumal dieser gemäß BauGB die Grundlage für alle Bebauungspläne darstelle. Der zurzeit geltende FNP stamme aus der Zeit der kommunalen Neugliederung und sei somit fast 35 Jahre alt und dringend überarbeitungsbedürftig. Die Verwaltung sei vielleicht personell in der Lage, das Handlungskonzept in Teilen selbstständig umzusetzen, dies würde aber letztendlich wesentlich mehr Zeit in Anspruch nehmen und gleichzeitig auch dazu führen, dass andere – ebenfalls pflichtige – Aufgaben dahinter langfristig zurückstehen müssten. Des Weiteren müsse gerade bei einer solch wichtigen Aufgabe auch externer Sachverstand und eine Sichtweise „von außen“, eine externe Moderation, mit ins Boot genommen werden, um eine fundierte Planung zu erreichen.

Frau Schmidt-Bolzmann verweist darauf, dass es im Bereich der Rahmenplanung Bensberg vor einigen Jahren bereits Erhebungen gegeben habe, und diese in den neuen FNP einfließen könnten. Des Weiteren sei bei der RBW unter Frau Dr. Edelmann vor einigen Jahren ein Gutachten zum Gewerbeflächenkataster erstellt worden. Herr Schmickler verweist darauf, dass eine Einbindung nicht möglich sei, da die Gewerbedaten der RBW nicht laufend fortgeschrieben worden und damit veraltet seien. Zudem sei bei der Rahmenplanung Bensberg seinerzeit nur der Bereich Gewerbe vertieft bearbeitet worden, was aber nicht ausreichend ist. Im Übrigen seien diese Daten noch handgezeichnet, während heute die digitale Erfassung und Verarbeitung Standard sei.

Herr Kühl vertritt die Auffassung, dass die von Herrn Waldschmidt angesprochenen Kosten nicht Bestandteil der Beschlussvorlage seien und er davon ausgehe, dass diese sowieso Teil der Haushaltsplanberatungen sein werden.

Herr Dr. Karich verteilt für die FDP-Fraktion einen Antrag vom 30.11.2009 (*Anlage*), der der Vorsitzenden auch bereits vorab zugegangen war.

Über diesen Antrag wird aus der Mitte des Ausschusses kurz diskutiert.

Herr Schmickler und Frau Dr. Werheit erläutern anschließend eingehend die Verwaltungsvorlage.

Frau Schundau ist sehr überrascht über die Diskussion und macht deutlich, dass die Stadt dieses Handlungsprogramm sehr brauche. Hierbei sei es letztendlich nachrangig, ob die Kosten in der Verwaltung oder außerhalb entstehen.

Hiernach entwickelt sich eine lebhafte Diskussion, an der Frau Schmidt-Bolzmann, Frau Kreft, Herr Waldschmidt, Herr Buchen, Herr Kühl und Herr Schmickler teilnehmen. Herr Sirmasac legt der Vorsitzenden eine kurze schriftliche Stellungnahme zum Thema „Qualitative Wohnungsmarktanalyse entlang sozialer Milieus“ vor.

Aus der Diskussion entsteht der Vorschlag, zunächst über den – weitergehenden – Antrag der SPD-Fraktion abzustimmen, anschließend über den wie folgt abgewandelten Antrag der FDP-Fraktion: Nach Punkt 3 wird ein gesonderter Punkt zur Schaffung einer neuen Stelle eingefügt, dieser soll zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden. Des Weiteren wird der letzte Absatz ebenfalls vertagt. Die FDP-Fraktion stimmt dieser Änderung ihres Antrags zu.

Die Vorsitzende stellt zunächst den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

Dieser wird mehrheitlich mit 10 Stimmen aus den Reihen der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion KIDitiative abgelehnt. Mit „Ja“ stimmen 6 Vertreterinnen und Vertreter aus den Reihen der Fraktionen SPD, FDP und DIE LINKE. (mit BfBB). Ein Ausschussmitglied der FDP enthält sich der Stimme.

Der geänderte Antrag der FDP-Fraktion kommt zur Abstimmung.

Mit „Ja“ stimmen 14 Ausschussmitglieder aus den Reihen der SPD, der FDP, der CDU und der KIDitiative. Mit „Nein“ stimmen zwei Vertreter aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. (mit BfBB). Eine Enthaltung kommt aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Ursprungsantrag der FDP-Fraktion wird ebenfalls zur Abstimmung gestellt:

8 Ausschussmitglieder aus den Reihen von SPD, FDP, DIE LINKE. (mit BfBB) und KIDitiative stimmen mit „Ja“, 9 Ausschussmitglieder aus CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit „Nein“.

Hiernach wird die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung gestellt.

Mit „Ja“ stimmen 10 Ausschussmitglieder aus den Reihen der CDU, der KIDitiative und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mit „Nein“ stimmen 2 Vertreter der FDP-Fraktion. 5 Ausschussmitglieder aus den Reihen der SPD und DIE LINKE. (mit BfBB) enthalten sich der Stimmabgabe.

9. **Städtebauliche Sanierungsmaßnahme 'Bergisch Gladbach - Stadtmitte' -
Beschluss über die Erweiterung des Geltungsbereiches des Sanierungsgebietes**
0520/2009

Herr Waldschmidt spricht sich dagegen aus, dass das Sanierungsgebiet in der Innenstadt immer weiter ausgedehnt wird. Er wehrt sich dagegen, dass die Verwaltung dies den zuständigen Ausschüssen immer wieder „häppchenweise präsentiere“.

Herr Schmickler verweist darauf, dass für die Förderung ursprünglich ein anderer Weg zu gehen war, nun aber diese Möglichkeit zur Ausweitung besteht.

Die Vorsitzende stellt die Beschlussvorlage anschließend zur Abstimmung.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag, das Sanierungsgebiet ‚Bergisch Gladbach-Stadtmitte‘ gemäß § 142 BauGB als Satzung gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage in Verbindung mit dem in Anlage 2 dargestellten Lageplan zu erweitern, einstimmig bei Enthaltung des Vertreters von DIE LINKE. (mit BfBB) zu.

10. **Einrichtung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft**
0500/2009

Herr Hastrich erläutert die Vorlage.

Der Vorlage wird lebhaft diskutiert. An der Diskussion nehmen Frau Schöttler-Fuchs, Frau Kreft, Frau Schneider, Frau Schmidt-Bolzmann, Herr Dr. Karich, Herr Buchen und Herr Hastrich teil.

Die Vorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Diese wird mit 14 Stimmen aus den Reihen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDinitiative bei 1 Gegenstimme aus den Reihen von DIE LINKE. (mit BfBB) und 2 Enthaltungen der FDP angenommen.

11. **Schlaue Mädchen - dumme Jungen? - Stellungnahme des
Bundesjugendkuratoriums**
0524/2009

Frau Fahner trägt die Ergebnisse der Studie detailliert vor.

Frau Münzer fragt nach, warum die Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums den Ausschussmitgliedern nicht schriftlich zur Verfügung gestellt wird, ebenso wie ggf. die gesamte Studie. Der Vortrag sei inhaltlich so umfangreich, dass man diesem ohne entsprechende schriftliche Unterlage nicht folgen könne. Dem widerspricht Frau Schneider, die die Auffassung vertritt, dass derartige Stellungnahmen sehr wohl mündlich vorgetragen werden sollten. Frau Münzer verweist darauf, dass es keinen Ausschuss gebe, in dem Mitteilungsvorlagen derart umfangreich mündlich ergänzt werden. Wenn es etwas mitzuteilen gebe, dann solle dies auch schriftlich erfolgen, dafür seien Mitteilungsvorlagen gedacht.

Es entwickelt sich eine kurze Diskussion zwischen Frau Münzer, Frau Schneider, Frau Fahner und Herrn Waldschmidt. Anschließend fährt Frau Fahner mit ihren Erläuterungen fort.

Frau Schneider schlägt abschließend vor, die gesamte Studie der Niederschrift beizufügen oder aber den Ausschussmitgliedern anderweitig zur Verfügung zu stellen (*Anlage*). Herr Schlaghecken bittet darum, künftig auf derart ausführliche mündliche Erläuterungen zu verzichten, sondern diese schriftlich in der Mitteilungsvorlage zu fixieren.

12. Anträge der Fraktionen

12.1. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.2009 zur Autobahnanbindung über die Bahndammtrasse an die A4 0545/2009

Herr Waldschmidt erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Kühl ist der Auffassung, dass ein einmal getroffener Ratsbeschluss keiner erneuten Beschlussfassung bedarf. Dem widerspricht Herr Waldschmidt und verweist auf die geänderten Mehrheitsverhältnisse im Rat.

Frau Schundau ist der Meinung, dass eine generelle Überlegung über die Nahverkehrsplanung erforderlich ist. Sie habe Informationen, dass die Landesregierung im Zuge der Schaffung eines Autobahnzubringers über den Bahndamm die Autobahnanschlüsse Frankenforst und Moitzfeld abschaffen wolle. Sie verweist zudem auf das Verkehrskonzept von Herrn Prof. Monheim.

Herr Schmickler verweist auf einen aktuellen Schriftverkehr mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW, wonach dort kein Planungsauftrag und keine Absicht bekannt sei, die Autobahnanschlüsse Frankenforst und Moitzfeld zugunsten einer neuen Auffahrt aufzugeben. Ebenso sei die angesprochene überörtliche Verbindung (Opladen – Lohmar, parallel zur A 3) nicht Gegenstand der Planungen.

Es entwickelt sich eine kurze Diskussion, an der die Herren Kühl, Waldschmidt und Buchen teilnehmen.

Die Herren Kühl und Buchen beantragen für die CDU-Fraktion, den Antrag der SPD-Fraktion zu vertagen.

Die Vorsitzende stellt diesen Antrag zur Abstimmung.

Der Vertagungsantrag wird mit 12 Stimmen aus den Reihen der CDU, FDP, BÜNDNIS 90/GRÜNE und KIDinitiative bei 5 Enthaltungen aus den Reihen der SPD und DIE LINKE. (mit BfBB) angenommen.

Frau Schöttler-Fuchs verlässt nach der Abstimmung um 19.45 Uhr die Sitzung, ihr folgt um 19.46 Uhr Frau Biebeler.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Auf Anfrage von Herrn Dr. Waldschmidt unter Bezugnahme auf einen am Sitzungstag erschienenen Presseartikel berichtet Herr Schmickler über den aktuellen Sachstand zur Regionale 2010. Im Rahmen der Städtebauförderung sei die Regionale als Paket zu sehen, d. h. es müsse mit dem Ziel, dem Rat eine Lösung im Haushaltsplanentwurf vorzulegen, ein Konzept gefunden werden, das den gesamten inhaltlichen Bogen der Regionale weiterverfolge, einzelne Themen wie z.B. Strunde und Hochwasser könnten nicht ausgeklammert werden. Hierzu müssten in Abstimmung unter anderen mit den Aufsichtsbehörden und der Regionale 2010-Agentur Perspektiven entwickelt werden. Es sei eine ganz klare Position, dass die Verwaltung nach Kräften an einer Lösung arbeite, mit der wenigstens einen Kernbestand der Regionale-Projekte weitergeführt und wesentliche Teile der Fördermittel für Bergisch Gladbach gesichert werden könnten.

Frau Schundau fragt, wann damit zu rechnen sei, dass ein behelfsmäßiger Fußweg zur Kindertagesstätte am Kradepohlmühlenweg geschaffen werde. Herr Schmickler bestätigt, dass hier eine Lösung gefunden wurde, die mit eigenem Personal umgesetzt werden solle. Ein genauer Termin werde noch mitgeteilt. (*Hinweis: Die Maßnahme ist fertig gestellt.*)

Auf Anfrage von Frau Schneider berichtet Herr Schmickler, dass der Grund für neuerliche Staus in Refrath in der noch nicht vollends abgeschlossenen Erneuerung der Ampelanlagen zu sehen sei. Er gehe davon, dass nach Lösung eines aktuellen spezifischen Problems, das im Verkehrsausschuss bereits näher dargestellt wurde, sich die Verkehrssituation besser darstelle.

Die Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 19.56 Uhr. Das Publikum verlässt den Saal.

Bürgermeister

Schriftführung